

# EU-Pensionisten kassieren ab

Die Ausgaben für die Pensionen der EU-Beamten sprengen alle bisher bekannten Vorstellungen. Derzeit kassiert ein EU-Pensionär im Schnitt 5.509 (!) Euro im Monat. Allein von 1999 bis 2005 stiegen die Kosten damit von 283 auf 491,5 Millionen Euro – ein Plus von stolzen 75 Prozent.

**G**leichzeitig nahm die Zahl der EU-Ruheständler um die Hälfte zu – auf rund 7.500 ehemalige EU-Beamte. Allein von Januar 2004 bis Juni 2006 wurden zudem 29 EU-Spitzenbeamte in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Sie bekommen sechs Monate lang ihr Amtsgehalt weiter gezahlt, danach bis zu

fünf Jahre lang 70 Prozent – im Durchschnitt knapp 10.400 Euro. Dabei beträgt der Eigenbeitrag der EU-Beamten zu ihren Pensionen lediglich 9,25 Prozent ihres Grundgehaltes, somit nur ein Drittel der langfristigen Finanzierung des Versorgungssystems. Steuerzahlern in der EU sind damit bereits jetzt

Verbindlichkeiten über 22,8 Milliarden Euro für zukünftige EU-Rentner entstanden.

Durch eine Sonderregelung konnten im Zuge der EU-Erweiterung 2004 Beamte auch schon mit 50 Jahren bei vollen Bezügen in Pension gehen. Hinzu kommen enorme Steuerprivilegien für die EU-Beamten. Diese Privilegien haben System: Genau jene Beamten, welche EU-weit Kürzungen und die Zerschlagung des Pensionssystems und des Sozialstaates vorantreiben, werden bevorzugt behandelt.



Rund 500 Demonstranten mit Fahnen, Transparenten und Trillerpfeifen zogen am letzten Gipfeltag vom Grazer Hauptbahnhof zum Landhaus. „Eine gerechte Welt ist möglich, nehmt eure Verantwortung wahr“, „Ökologie statt Wettbewerb“ oder „EU - nein danke“, war auf den Transparenten zu lesen. Zu dieser Demo aufgerufen hatte das Aktionsbündnis Solidarität, dem unter anderem die Grünen, die KPÖ und die Eisenbahnergewerkschaft angehören.

## Eurofighter - Nein danke

**D**ie Finanzierung des Eurofighter-Deals durch die Republik Österreich liegt in den Händen der BAWAG-PSK. Das passt zusammen: Die Abfangjäger sind sündteuer, der Kaufvertrag ist dubios und die Bevölkerung muss zahlen.

**D**as alles ergibt nur dann einen Sinn, wenn man weiß, dass die Eurofighter am Standort Zeltweg genau in das Konzept der Euro-Armee passen. Deshalb sagen wir weiterhin Nein zu den Eurofightern.



Peter Scherz ist der Vertreter des Gewerkschaftlichen Linksblocks (KPÖ-Fraktion) in der steirischen Arbeiterkammer. Er kritisierte schon vor Jahren die undurchsichtigen Finanzen des ÖGB.

## KOMMENTAR



**Franz Stephan Parteder**,  
steirischer KPÖ  
Vorsitzender

## EU hat ihren Kredit verloren

**D**er österreichische EU-Vorsitz ist zu Ende – und Österreich ist froh darüber, wenn man eine Gallup-Unfrage interpretiert. 53 Prozent der Befragten glauben nicht daran, dass der rot-weiß-rote Vorsitz „maßgeblich dazu beiträgt, gegenwärtige Probleme in der EU zu lösen“. Dabei haben sich Regierung und EU-Bürokratie große Mühe gegeben und ein großes Spektakel abgezogen – auf unsere Kosten. In diesen 6 Monaten werden etwa 80 Millionen Euro aus Steuergeldern ausgegeben, damit EU-Kommissare und Minister freundlich in Kameras lächeln können.

Die Inhalte des Grazer Treffens hatten es jedenfalls in sich: Die Forschungsausgaben für Atomenergie werden in den kommenden Jahren verdreifacht! Und bei der unsozialen Dienstleistungsrichtlinie haben sich die EU-Oberen in Graz darauf verständigt, einen angeblichen Kompromiss nun im Eilverfahren über die Bühne zu bringen. Mit dieser EU-Richtlinie wird einer rigorosen Liberalisierung aller Dienstleistungsbereiche freie Bahn verschafft. Das ist verbunden mit der Gefahr einer beschleunigten Abwärts spirale im Lohn- und Sozialabbau, bei Umwelt- und Verbraucherschutz.

**D**ie EU hat sich auch in der Steiermark nicht von ihrer besten Seite gezeigt. Kein Wunder, dass die Umfragewerte in den Keller gehen.